

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Ludwig Stiegler MdB
zur Umverteilungspoli-
tik der Bundesregie-
rung: Eine Gefahr für
den inneren Frieden
Seite 1

Michael Müller MdB zur
Wirkung von Methyl-
chlorid und der Not-
wendigkeit, die Chlor-
freisetzungen zu ver-
mindern: Neue Er-
kenntnisse zur Zerstö-
rung der Ozonschicht.
Seite 2

Dokumentation

Der Arbeitskreis Um-
welt und Energie der
SPD-Bundestagsfrak-
tion hat eine Doku-
mentation über die
ökologische Situation
in Ostdeutschland er-
arbeitet: Ökologische
Hauptprobleme in den
neuen Bundesländern
(Teil II).

Seite

45. Jahrgang / 233

6. Dezember 1990

Eine Gefahr für den inneren Frieden Zur Umverteilungspolitik der Bundesregierung

Von Ludwig Stiegler MdB
Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Die vom Schuldenbillionär und CSU-Vorsitzenden Theo Waigel zu ver-
antwortende Staatsverschuldung ist nicht nur Ausdruck der Finanznöte
der Deutschen Einheit. Sie ist Ausdruck einer Politik, die von den Klei-
nen nimmt, bei den Großen aber leiht - gegen steigende Zinsen, ver-
steht sich.

Diese Staatsverschuldung hat Konsequenzen. Sie führt über steigende
Zinsen für jedermann zu einer Umverteilung von Geld und Le-
benschancen, wie wir sie noch nicht gekannt haben. Nur der lebt noch
angenehm, der Geld ausleihen kann. Diese Finanzpolitik ist die bru-
talste Umverteilungspolitik in der Geschichte der Bundesrepublik. Bald,
oder schon jetzt, ist es bequemer, Geld auszuleihen, statt in Ar-
beitsplätze und damit Wirtschaftswachstum zu investieren.

Die Finanzkrise ergreift alle Ebenen; die des Landes genauso wie die
der Kommunen. Wahnsinnszinsen belasten die kommunalen Haus-
halte. Einsparungen bei den Zuweisungen schüren die Investitionen ab
und strangulieren die Bereitschaft zu den freiwilligen Leistungen. Der
Staat droht zur Beute zu werden.

Diese Finanzkrise ist Ausdruck der Feigheit der Konservativen, die gut
verdienenden Schichten unseres Landes über Steuern zu den Staats-
aufgaben heranzuziehen. Die von der SPD vorgeschlagene Ergän-
zungsabgabe auf die Steuerschuld für zu versteuernde Einkommen
von über 60.000 Mark beziehungsweise über 120.000 Mark für Ledige
beziehungsweise Verheiratete brächte etwa 15 Milliarden Mark. Sie
würde weder die Konjunktur abwürgen noch die sogenannten Lei-
stungsträger überstrapazieren. (Sie müßten im Jahr im Beispielsfall
1.400 Mark beziehungsweise 2.800 Mark aufbringen).

Die wahnsinnige Verschuldung und die dadurch verursachte Zinsent-
wicklung und Haushaltskürzung führt aber zum Abwürgen der Kon-
junktur. Der Bau merkt es bereits.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kemüchtern Umwelt
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die Weigerung der Konservativen ist aber nicht nur Ausdruck der Feigheit. Sie ist auch Ausdruck eines Staatsverständnisses, das öffentliche Dienstleistungen immer weniger als Gemeinschaftsaufgabe versteht, sondern als "Investment" begreift. Die Verschärkung des "Tafelberg", also die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die jetzt auch Bahn und Post erfaßt hat, ist Ausdruck dieser Politik genauso wie die Absicht, öffentliche Infrastruktureinrichtungen nicht mehr als Gemeinschaftsaufgabe, sondern als Privatinvestment gegen Maut zu verstehen.

Diese "Philosophie" führt zu amerikanischen oder englischen Verhältnissen, wo wir längst nicht mehr von der Zweit-Drittel-Gesellschaft reden können. Vielmehr hat sich dort eine Gesellschaft entwickelt, in der das obere Drittel immer schneller reicher wird, während das untere Drittel immer rascher verarmt. Diese Polarisierung der Gesellschaft steht auch uns ins Haus. Sie ist eine Gefahr für den inneren Frieden.

(-/6. Dezember 1990/rs/fr)

Neue Erkenntnisse zur Zerstörung der Ozonschicht
Zur Wirkung von Methylchlorid und der Notwendigkeit, die Chlorfreisetzungen zu vermindern

Von Michael Müller MdB

Eine aktuelle Studie des 'Institute For Energy And Environmental Research' aus Washington zeigt, daß etwa fünf Prozent des gesamten Chlorgehalts der Atmosphäre auf Methylchloridemissionen insbesondere aus Verbrennungsprozessen von Biomasse zurückzuführen sind. Methylchloridemissionen sind bisher nicht durch internationale Vereinbarungen geregelt.

Die Gesamtemissionen von Methylchlorid aus natürlichen Quellen und durch menschliche Aktivitäten bewegen sich zwischen zwei und fünf Millionen Tonnen pro Jahr. Die Lebensdauer von Methylchlorid in der Atmosphäre beträgt ein bis zwei Jahre.

Die industrielle Produktion von Methylchlorid beträgt ungefähr 0,5 Millionen Tonnen pro Jahr. Die dabei entstehenden Emissionen von Methylchlorid sind jedoch relativ gering. Das liegt daran, daß Methylchlorid vor allem als Ausgangsprodukt für die Herstellung anderer Chemikalien dient.

Die Hauptemissionsquelle für Methylchlorid aus menschlichen Aktivitäten ist die Verbrennung von Biomasse. Bezieht man das Abbrennen von tropischen Regenwäldern ein, so liegt die Methylchloridemission zwischen 0,4 und 1,7 Millionen Tonnen pro Jahr. Hier ist weiterer Forschungsbedarf nötig.

Gerade in den ärmeren Ländern Asiens und des tropischen Afrikas sowie in Brasilien sind die Methylchloridemissionen die Hauptquelle für Chlorfreisetzungen.

Aus diesen Ergebnissen müssen folgende politische Forderungen gezogen werden:

1. Es muß ein Rettungsplan für die tropischen Wälder gestartet werden, in dessen Zentrum die Lösung der Schuldenkrise dieser Länder steht. In einem ersten Schritt muß unter anderem das Abbrennen weiterer tropischer Regenwälder beendet werden.
2. Die finanzielle Unterstützung und der Technologietransfer in Länder der Dritten Welt muß gesteigert werden, damit die Verbrennung von Biomasse zum Beispiel in primitiven Heizöfen vermindert werden kann. Dabei müssen landesspezifische Traditionen berücksichtigt werden. Durch eine solche Initiative können gleichzeitig die Kohlendioxidemissionen vermindert werden. Ebenso können dadurch Krankheiten der Atmungsorgane vermindert werden, die häufig durch den Rauch von Holzfeuern in den

Hütten armer Bevölkerungsschichten entstehen.

3. Sofortverbote in der Bundesrepublik Deutschland für den Einsatz von FCKWs sowie ein beschleunigter Ausstieg von Anwendung und Produktion von Methylchlorform.
4. Überprüfung und gegebenenfalls Neubewertung der von der Bundesregierung geförderten Projekte durch den Abbau nachwachsender Rohstoffe vermeintlich schadstofffreie Energiequellen zu erschließen.

Nur wenn die Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen, können wir erwarten, daß die Länder der Dritten Welt auch ihren Beitrag zum Schutz der Ozonschicht leisten. Dazu brauchen sie allerdings unsere Unterstützung. Die Lösung der Schuldenkrise spielt dabei eine zentrale Rolle, insbesondere wenn man bedenkt, daß viele Schuldnerländer heute weit mehr an Zins- und Tilgungsraten an die Industrieländer zurückzahlen, als sie als Entwicklungshilfe erhalten. In vielen Tropenwäldern führt daher der Zwang, Devisen zu erwirtschaften, unmittelbar zur Regenwaldzerstörung.

(-/6. Dezember 1990/rs/fr)

DOKUMENTATION

Ökologische Hauptprobleme in den neuen Bundesländern (Teil II)

Der Arbeitskreis Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion hat eine Dokumentation über die ökologische Situation in Ostdeutschland erarbeitet, die wir in mehreren Teilen veröffentlichen.

IV. Sachsen-Anhalt

1. Raum Halle

In diesem stark belasteten Raum wird vor allem Schwefeldioxid hoch emittiert. Hinzu kommen vor allem circa 30 Prozent der Nitrates und Amine, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR emittiert werden sowie circa 70 Prozent aller Chlorverbindungen.

Die Schwerpunkte im einzelnen liegen in folgenden Regionen:

- Halle-Merseburg
Extrem hohe SO_2 -Emissionen durch die Industrie von Bruna und Leuna. Hinzu kommt bei Leuna eine extrem hohe Schwefelwasserstoffbelastung.
- Bitterfeld-Wolfen
Auch in Bitterfeld ist die SO_2 -Belastung extrem hoch, hinzu kommt Staub, Stickoxide, Chlor-Fluor und Chlorwasserstoffbelastung sowie eine Vielzahl chlorierter Kohlenwasserstoffe.
- Dessau/Cosnis
Hohe SO_2 - und Staubb Belastung. Daneben spielen, Chlor und Fluorverbindungen sowie Nitrates und Stickoxide eine Rolle
- Deuben/Weißenfels/Zeitz
Hauptschadstoffe SO_2 , Staub, Schwefelwasserstoffe und Stickoxide.
- Hettstedt/Eisleben/Mansfeld
Hier sind vor allem die Arsen-, Quecksilber- und Cadmiumbelastungen besonders

hoch. Die Kupfergewinnung in Mansfeld wurde 1990 eingestellt. Hier sind aber Haldensicherung und Haldenabdeckung sowie Altlastensanierung dringend notwendig. Die Bleiemissionen sind durch die Stilllegung der Bleihütte in Hettstedt zurückgegangen. Auch die Dioxinbelastung im gesamten Mansfelder Raum ist sehr hoch.

Der gesamte Hallenser Raum muß als extrem belasteter, ökologischer Brennpunkt in der ehemaligen DDR angesehen werden. Deshalb ist ein integrierter Sanierungsansatz über alle Schadstoffemissionen (Luft, Wasser, Boden) notwendig.

2. Raum Magdeburg

In Magdeburg konzentrieren sich 1.000 Lebensmittelproduktionsbetriebe. Fast alle Wasserwerke dieser Betriebe sind wegen zu hoher Nitratbelastung zu beanstanden. Dies gilt besonders für das Gebiet Wanzleben, Wemigerode, Haldensleben, Oschersleben, Schönbeck und Straßfurt.

Die Böden, vor allem der ehemaligen Kupferhütte Ilseburg, sind stark dioxinbelastet. Im Raum Magdeburg liegt zudem der Schwerpunkt der Asbest-Zement-Industrie. Hier sind Produktionsverbote notwendig. Zudem müssen Sanierungskonzepte für Asbest-Deponien im Raum Magdeburg aufgestellt werden.

V. Sachsen

1. Raum Dresden - Oberes Elbtal

Hauptproblem in Dresden ist die hohe Nitratbelastung bei den Wasserversorgungsanlagen. Circa 40 Prozent der zentralen Wasserversorgungsanlagen weisen Nitratwerte von über 40 mg/l auf. 50 Prozent der Einzelbrunnen weisen ebenfalls hohe Nitratbelastungen auf. Aber auch durch die Industrie (zum Beispiel Arzneimittelwerk Dresden) kommen chlororganische Stoffe in das Grundwasser.

Notwendig ist ein Sanierungsprogramm für die zentralen Trinkwasseraufbereitungsanlagen sowie die Trinkwasseraufbereitung aus der Elbe. Denn ohne das Elbwasser ist die Trinkwasserversorgung im Raum Dresden nicht sicherzustellen.

Aber nicht nur die Trinkwassersituation des Dresdner Raums ist bedrohlich, auch der Gewässerschutz der Elbe im Raum Dresden ist nicht gewährleistet. Die zentrale Kläranlage in Dresden ist technisch veraltet und seit 1987 nicht mehr funktionsfähig. Die Zellstofffabrik in Pirna und die Papierfabrik in Heidenau arbeiten mit veralteten Produktionsverfahren (Chlorbleiche-Zellstoff Pirna). Das führt zur starken Gewässerbelastung der Elbe.

Das obere Elbtal mit Pirna und Freital hat zudem eine Immissionsstruktur mit hohen Belastungswerten von SO₂-Staub und Stickoxiden.

Durch die Gewässer und Luftbelastung spricht man in Pirna vom sogenannten Pirna-Syndrom, das heißt hier kumulieren hohe Belastungsquellen, die sich direkt auf die Gesundheit der Menschen niederschlagen.

2. Raum Leipzig

Dieser Raum ist der am höchsten belastete in der ehemaligen DDR. Durch SO₂ sind auf circa 50 Prozent der Fläche circa 85 Prozent der Einwohner und durch Staubemissionen auf 35 Prozent der Fläche circa 75 Prozent der Menschen stärker belastet. Belastungsschwerpunkt ist der Raum Borna-Espenhain-Böhlen.

Hauptschadstoffe hier sind: Schwefeldioxid, Schwefelwasserstoff, Kohlenmonoxid, Staub, Stickoxide und starke Geruchsbelastungen. Hauptursache sind die Energieerzeugungs- und Kohleveredelungsanlagen von Böhlen, Espenhain und Borna. Besondere lokale Belastungen gibt es für Fluor- und Chloremissionen in Torgau, Oschatz (Blas- und Keramikindustrie), polycyclische Aromaten (Teerproduktion, Rositz, Schwelereien in Böhlen und Espenhain), Schwermetalle (metallurgische Betriebe in Leipzig, Stahlwerk Lippendorf) und Lösungsmittel

(Chemische Reinigungsanlagen, Druckereien, Färbereien in Leipzig).

Die Trinkwasserverunreinigungen im Raum Leipzig sind besorgniserregend. Dies wird verschärft durch die Absenkung des Grundwasserspiegels in Folge des Braunkohientagebaus sowie durch das Eindringen von Schadstoffen (zum Beispiel Nitrate, Phenole, Kohlenwasserstoffe, Benzo(a)pyren, Fluoranthen und viele andere Giftstoffe aus Deponien und Sickerwässern) hervorgerufen.

Auch militärische Objekte belasten der NVA und Altlasten das Grundwasser. Auch militärische Altlasten aus der Nazizeit, zum Beispiel die Sprengstoffanlagen bei Torgau, belasten die Grundwasservorräte. Für die militärischen Altlasten muß ein Gesamtsanierungskonzept vorgelegt werden. Hier muß der Bund die Hauptlast der Sanierungsleistungen übernehmen.

3. Raum Chemnitz

Der ehemalige Bezirk Chemnitz ist besonders belastet durch das Uranabbaugebiet Schneeberg-Aue, daß auch auf Thüringen ausstrahlt.

Die Sanierung des Uranbergbaus ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die Sanierungskosten für die Anlagen, Halden, Schlammteiche, Absetzanlagen, Häuser, Straßen, Bäche, Gewässer und Flüsse liegen mindestens zwischen 10 - 20 Milliarden DM. Einige Schätzungen gehen von bis zu 40 Milliarden DM aus.

Deshalb muß für diese Region schnell ein Sanierungs- und Wiederaufbauplan vorgelegt werden, damit neben der Sanierung auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Darüber hinaus ist der Raum Chemnitz auch durch andere Emissionen und Altlasten besonders belastet:

- Stadt Chemnitz
Hohe SO₂-Belastung, unzureichende Deponieabsicherung des Mineralölwerks Klaffenbach;
- Stadt Plauen
hohe SO₂-Belastung, sowie Schwefelwasserstoff und Chlor-Schwefelemissionen durch Viskoseproduktion;
- Freiberg
Altlasten durch Schwermetalle und Arsen in den Böden;
- Zwickau und Umgebung
hohe SO₂-Belastung, Altlasten durch Emissionen von Blei, Cadmium und Nickel im Grubenlampenwerk Zwickau, Schwefelwasserstoff und Chlor-Schwefel-Emissionen durch Viskoseproduktion in Glauchau;
- Sollberg
hohe SO₂-Belastung sowie Schwermetalle, insbesondere durch die Nickelhütte St. Egidien.

Zum ehemaligen Bezirk Chemnitz ist flächendeckend der Nitratgehalt im Trinkwasser angestiegen. Dies wird vor allem zurückgeführt auf den Gülleanfall durch Massentierhaltung und die Überdüngung der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

VI. Thüringen

1. Raum Erfurt

In den Städten Apolda, Sommeroda und Bad Langensalza wird eine hohe Nitratbelastung des Trinkwasser festgestellt. Hier wird Trinkwasser an Säuglinge aus extra aufbereiteten, sauberem Wasser verteilt. Nicht nur die Einzelbrunnen, sondern auch die zentralen Trinkwasserversorgungsanlagen wiesen Nitratbelastungen zwischen 55 - 60 mg/l auf.

Probleme gibt es auch mit der bakteriellen Sauberkeit der Talsperren (Hohenfelde und Lutschetal). Hier gelangen Abwässer auch als Kläranlagen (Oberhof) direkt in die Talsperren.

Erfurt, Weimar und Apolda haben extrem hohe SO_2 -Emissionen. Ursache ist vor allem der Hausbrand. Probleme gibt es auch mit Bleiemissionen im Bleifarbenwerk der Stadt Ohrdruf. Auch die Phenolbelastung in Bad Berka (Luftkurort) ist extrem hoch. Die Laborchemie in Apolda produziert Emissionen von H_2S und S_2 mit deutlichen Grenzwertüberschreitungen.

2. Raum Gera

Der Raum Gera ist hoch industrialisiert (Zementwerk, Schiefergruben, Lederfabriken, Chemiefaserkombinate, Kunstseidenwerk). Die Emissionen von SO_2 , Staub und Schwefelwasserstoff und Chlor-Schwefelverbindungen sind bedeutend.

Auch im Landwirtschaftsbereich gibt es extreme Geruchsbelästigungen durch den Mastbetrieb Neustadt/Orla. Die Nitratbelastung in diesem Raum ist enorm hoch.

Zusammenfassung:

Der hier vorgestellte Aufriß der ökologischen Problemzonen in den neuen Bundesländern macht deutlich, daß wir für diese Länder ein flächendeckendes Sanierungskonzept benötigen. Es kann nicht damit getan sein, nur einzelne Sanierungsbrennpunkte herauszunehmen, wie es die Bundesregierung plant.

Denn die Gewässer, Luft und Bodenbelastungen in den neuen Bundesländern verlangt rasches Handeln in allen Bereichen, denn nur so wird es möglich sein, den Schutz vor den Gefahren für die Gesundheit der Menschen durch Umweltbelastungen auch schnell zu erreichen.

Es muß verhindert werden, daß die Menschen in den neuen Bundesländern wegen der hohen Umweltbelastungen ihre Heimat verlassen.

(-/6. Dezember 1990/rs/tr)
